

Rudolf Friedli

Zu 1

Ja, die Abteilung Kulturelles muss eine Schalt- und Informationsplattform sein. Frau Schaller nimmt diese Aufgabe überhaupt nicht wahr. Sie hat keine Kulturkonzept erstellt, sondern dies extern erstellen lassen. Ein solches Konzept selber zu erarbeiten, selbstverständlich unter angemessenem Einbezug der Interessierten, wäre ihre ureigenste Aufgabe.

Zu 2

Es darf keine zusätzliche Anlaufstelle geschaffen werden. Ich will eine schlanke Verwaltung. Die von Ihnen erwähnten Funktionen und Aufgaben hat die Abteilung Kulturelles zu erfüllen und zwar mit dem bisherigen Personalbestand.

Zu 3

Ich kann diesem Statement beipflichten.

Zu 4

Dem pflichte ich nicht bei. Unabhängiges Kulturschaffen soll eben gerade unabhängig sein, also keine städtischen Subventionen erhalten und dafür völlig unabhängig kulturell tätig sein. Grosse etablierte Betriebe sollen Subventionen erhalten, und als Gegenleistung verlangt die Stadt im Leistungsvertrag auch ganz konkrete Leistungen, also in gewisser Hinsicht wird die kulturelle Freiheit so eingeschränkt. Das ist völlig normal: Wer zahlt, befiehlt.

Zu 5

Ich finde diese Förderkommissionen unnötig, vgl. Antwort 4

Zu 6

Damit bin ich nicht einverstanden. Vielmehr sollen die Leistungen ganz konkret vereinbart sein (vgl. Antwort 4). Was aber ein Verwaltungsrat verdient, ist nicht Sache der Stadt als Subventionsgeberin, sondern der Institution selber. Sie muss selber wissen, wie sie ihre Gelder und damit auch die Subventionsgelder am besten einsetzt, um die Leistung zu erbringen, zu welcher sie sich im Leistungsvertrag verpflichtet hat. Die Stadt muss aber Subventionen konsequent zurückfordern, wenn die Institution die vereinbarten Leistungen nicht oder nur teilweise erbrachte.

Zu 7

Nein, Handlungsmaxime muss sein, dass die Institution jene Leistungen erbringt, die die Stadt mit ihr im Leistungsvertrag vereinbart hat. Wen die Institution wie hoch bezahlt, ist ihr überlassen, vgl. Antwort 6.

Zu 8

Soweit die Kulturinstitutionen mit den kommerziellen Vorverkaufsstellen nicht einverstanden sind und sie meinen, es billiger machen zu können, können sie ja selber eine solche Stelle gründen und es besser machen. Dazu braucht es die Stadt nicht.

Zu 9

Ich weiss nicht, was mit „Vermittlungsangeboten“ gemeint ist. Daher kann ich dazu nicht Stellung nehmen.

Zu 10

Die Kirche hat nicht kulturell tätig zu sein, auch nicht politisch! Gut finde ich hingegen ein Kommunikationskonzept, das die Abteilung Kulturelles zusammen mit den Betroffenen erarbeitet und das somit die Buchhandlungen, Galerien und Kinos einbezieht.

Erich Hess

Die Forderungen nach weniger Bürokratie wie bspw. einfacheren Bewilligungsverfahren unterstütze ich gerne. Die Verwaltung müsste insgesamt verschlankt werden.  
Ansonsten bin ich der Meinung, dass Kultur keine Aufgabe des Staates ist. Besonders Subventionen sind unnötig und benachteiligen all jene Kulturschaffenden, welche keine erhalten.

Alec v. Graffenried

## **1. Kulturnahe Verwaltung**

Die Abteilung Kulturelles ist die erste Anlaufstelle für alle kulturell aktiven Kreise (Kulturschaffende, Kulturvermittlung, Kulturveranstalter usw.). Offenheit und Zugänglichkeit sind die wichtigsten Serviceeigenschaften. Gesprächsverweigerung und Abschottung haben da keinen Platz, es darf auch nicht der Eindruck davon entstehen.

Das Kultursekretariat liess bisher oftmals eine klare Linie vermissen, es fehlte an einem Konzept, mit welchen Baustellen das Sekretariat sich wann beschäftigt. Dies kann im Rahmen der Kulturstrategie behoben werden. Ev. kann, zum Zeichen des Neubeginns, auch die verwirliche Terminologie geklärt werden – ist die Kultursekretärin als Abteilungsleiterin der Abteilung Kulturelles Chefin der Kultur Stadt Bern oder was?

## **2. Bewilligungswesen vereinfachen**

Die Bewilligungswege sind zu verschlungen und die Kompetenzen zu breit verteilt. Es braucht nicht eine neue Stelle, sondern eine Vereinfachung der vorhandenen Verfahren. Beispiel: Eine von Kultur Stadt Bern geförderte Open air Veranstaltung in einem Park darf nicht von der fehlenden Zustimmung von Stadtgrün Bern abhängig gemacht werden - das muss intern koordiniert sein! Das Zauberwort heisst

„One-Stop-Shop“ Verfahren. Dieses ist im Veranstaltungs- und Kultursubventionsbereich umzusetzen, verbunden mit der Möglichkeit, die Verfahren online abzuwickeln. Besser als eine zusätzliche Stelle könnten Rahmenbewilligungen à la Altstadtsommer sein: Bühnen werden im Sommer zur Verfügung gestellt und können à la carte bespielt werden, nach dem Prinzip „first come, first serve“.

## **3. Schwerpunkte setzen**

Die Überprüfung von Leistungsverträgen ist eine Selbstverständlichkeit. Durch das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung und die Berichterstattung besteht genügend Transparenz. Hingegen bringt Partizipation nicht automatisch bessere Programmqualität. Kreativität braucht Freiraum. Der Wettbewerb muss zwischen den Institutionen spielen, die in der Programmgestaltung frei bleiben müssen.

## **4. Freie Förderung stärken**

Die Steigerung der finanziellen Förderung ist ein nachvollziehbarer Wunsch, die GFL hat sich für eine Steigerung der entsprechenden Mittel von 11% auf mind. 15% eingesetzt. Hingegen ist die finanzielle Förderung wie erwähnt nicht die einzige Fördermöglichkeit. Bürokratieabbau (One-Stop-Shop-Verfahren) hilft ebenso viel. Zudem sollen Kulturräume auch an Dritte zu günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. So ist es für Kulturschaffende aus der Kleinkunstszene oft unmöglich, für ein Gastspiel in ein bestehendes Theater ausweichen zu können. Ob eine weitere Expertengruppe hier Klärung bringen kann, bezweifle ich. Die bestehenden Gefässe sind ausreichend.

## **5. Repräsentative Kommissionen**

Die Förderung via Kommissionen ist grundsätzlich eine gute Möglichkeit der Partizipation und der breiten Abstützung der Entscheidungen. Selbstverständlich ist bei der Besetzung und Erneuerung der Kommissionen immer auf Kompetenz und Vertretung der Betroffenen zu achten. Eine „die ganze Bevölkerung repräsentierende Besetzung“ ist dagegen sicher nicht sinnvoll, auch wenn nicht bestritten werden kann, dass unvermeidlicherweise eine gewisse Nähe zwischen Empfängern und Verteilern besteht. Das liegt in der Natur der Sache, für mich kommt hier Kompetenz vor Repräsentanz.

## **6. Transparente Aufsichtsorgane**

Einverstanden, aber mit Augenmass umsetzen. Die Forderungen nach Bürokratieabbau und kultureller Freiheit können mit maximalen Kontrollforderungen und extensiver Berichterstattungspflicht kollidieren. Eine Missbrauchsregelung ist sinnvoller als ein dickes Kontrollhandbuch. Die GFL schlägt vor, dass städtische Delegierte in Kulturinstitutionen ein verbindliches Pflichtenheft erhalten (Postulat GFL/EVP vom 5.09.2016). Eine Selbstverständlichkeit ist, dass bei der Besetzung der Stiftungsräte

und anderer Organe auf eine angemessene Vertretung der Geschlechter geachtet wird. Die Offenlegung der Kaderlöhne ist ebenfalls eine Selbstverständlichkeit und nicht der Rede wert.

### **7. Faire Arbeitsbedingungen**

Hier sind v.a. Mittel und Wege zur sozialen Absicherung (Krankheit, Erwerbslosigkeit, Pensionierung) der Kulturschaffenden gefordert. Solche Modelle sind auf verschiedener Ebene in Prüfung (Bund, Bürgergemeinde). Sobald ein sinnvolles Modell greifbar ist, soll dieses nach Möglichkeit konsequent angewandt bzw. empfohlen werden.

### **8. Gemeinsame Vorverkaufsstelle**

Ein gemeinsamer Veranstaltungskalender und geeignete Vertriebskanäle sind berechnete Forderungen der Kulturszene an die Stadt. Tendenziell sollte sich die Stadt prioritär im Bereich Veranstaltungskalender und Terminkoordination engagieren. Hier kann die Stadt eine nicht kommerzielle Plattform zur Verfügung stellen, welche auch die Planung und Programmierung erleichtert. Die Buchungs- und Verkaufskanäle hingegen sind infolge der Digitalisierung im Fluss, hier besteht das Risiko, dass die öffentliche Hand an der Entwicklung vorbei plant. Für das Ticketing könnte ev. eher ein Rahmenvertrag mit privaten Anbietern eine Verbesserung der Konditionen für kleine Veranstalter bringen.

### **9. Kulturelle Teilhabe**

Ja, einverstanden.

### **10. Dialog stärken**

Die kulturell tätigen Akteure sind die natürlichen Partner der Abteilung Kulturelles. Für den Dialog braucht es (bitte kein neues Konzept! sondern) eine aktive, offene und diskussionsbereite Verwaltung, die mit allen Anspruchsgruppen kontinuierlich und auf Augenhöhe in Kontakt und Dialog steht.

Daniel Lehmann

## 1. Kulturnahe Verwaltung

Die Kulturszene beklagt seit Jahren ein zurückhaltendes, nicht dialogbereites und basisfremdes Kultursekretariat.

**Die Abteilung Kulturelles der Stadt wird als Schalt- und Informationsplattform gestärkt und in die Pflicht genommen.**

Ein Kultursekretariat ist gewandt im Umgang mit den Kulturschaffenden und gut vernetzt in die vers. Kulturszenen von Bern. Es ist unpolitisch und verfolgt und unterstützt die ideologischen Ziele. Kunst ist neutral und spricht für sich selber.

## 2. Bewilligungswesen vereinfachen

Die Gesuchstellung für die Finanzierung und das Bewilligungsverfahren für die Durchführung von Kulturveranstaltungen, zu denen auch Zwischennutzungen gehören, sind aufwendig und komplex.

**Die Stadt schafft eine Anlauf-, Vermittlungs- und Beratungsstelle für Gesuchsteller und Kulturveranstalter, welche Gesuche in nützlicher Frist bearbeitet und zur Entscheidung bringt. Für kurzfristige Gesuche wird ein abgekürztes Verfahren vorgesehen.**

Ein Kultursekretariat als Anlaufstelle hilft bei den diversen Fragen/Anliegen und zeigt die Wege/Lösungen auf. Gilt auch als Anlaufstelle.

## 3. Schwerpunkte setzen

Mittelgrosse und grosse Kulturinstitutionen profitieren von Leistungsverträgen mit der Stadt und damit von Planungssicherheit. Weitere wie auch höhere gebundene Beiträge sind jedoch nicht im Interesse einer vielfältigen und sich regelmässig erneuernden Kulturszene.

**Bei den Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen setzt die Kulturförderung Schwerpunkte. Die Leistungsverträge werden regelmässig überprüft und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Stadt regt an, dass die Programmgestaltung bei den Institutionen mit Leistungsverträgen als partizipativer Prozess zustande kommt.**

Idee ist Grundsätzlich richtig. Ist schlussendlich die Arbeit des Kultursekretariats. Vorsicht ist geboten. Wer hat schon gern wenn der Nachbar bestimmt, welche Blumen ich in meinem Garten pflanzen muss und wie die zu wachsen haben oder wann der Hag geschnitten werden muss.

## 4. Freie Förderung stärken

Für die komplementäre Kulturfinanzierung, die sogenannte freie Förderung, sollen deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen.

**Die Förderung des jungen und Institutionen-unabhängigen Kulturschaffens wird ausgebaut. Das anvisierte Minimum ist eine freie Quote von 20% des städtischen Kulturbudgets Innovative Fördermodelle werden von einer Expertengruppe als permanenter Prozess diskutiert und evaluiert.**

Reicht das Restvolumen von 80% für die permanenten Ausgaben? Bevor von einer freien Quote gesprochen werden kann sollte dies geklärt werden. Gezielte und gut überlegte Förderindividuen sind besser als eine Quotenregelung.

## 5. Repräsentative Kommissionen

Mehrere Förderkommissionen verantworten die komplementäre Kulturfinanzierung. Diese Kommissionen tragen eine massgebliche Verantwortung für die kulturelle Produktion ausserhalb der Institutionen mit Leistungsverträgen.

**Die Stadt sorgt für eine transparente, interdisziplinäre sowie mit Fachleuten durchmischte, mithin die ganze Bevölkerung repräsentierende Besetzung der Förderkommissionen und für die Offenlegung der Kulturstrategie-basierten Entscheidungskriterien.**

Siehe auch Antwort 1

Ein Kultursekretariat ist gewandt im Umgang mit den Kulturschaffenden und gut vernetzt in die vers. Kulturszenen von Bern. Es ist unpolitisch und verfolgt und unterstützt die ideologischen Ziele. Kunst ist neutral und spricht für sich selber.

## 6. Transparente Aufsichtsorgane

Subventionierte Kultureinrichtungen agieren als kaufmännisch geführte Betriebe nicht immer professionell. Je mehr Subventionen ein Veranstalter erhält, desto höher sollen die Anforderungen an ethisches Verhalten, faire Arbeitsbedingungen und eine offene Informationspolitik sein.

**Vorstände sowie Verwaltungs- und Stiftungsräte von Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen werden transparent besetzt und von den Subventionsgebern beraten und eng begleitet. Bei der Entschädigung der Aufsichtsorgane wird deren individuelle Einkommenssituation berücksichtigt. Die Jahreslöhne der Kaderleute von Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen werden jährlich in den Geschäftsberichten veröffentlicht.**

Kultur hat sehr viel mit Freiwilligen- und/oder Ehrenarbeit zu tun, gerade in Verwaltungs- und Stiftungsräten. Die Entschädigung kann überall zu denselben Bedingungen erfolgen, nach einer festgesetzten Regelung. Die Veröffentlichung von Kaderlöhnen macht Sinn.

## 7. Faire Arbeitsbedingungen

Die Unterstützung des Kulturschaffens richtet sich nach den Bedürfnissen der Kulturschaffenden. Diese sind angewiesen auf Aus- und Weiterbildung sowie soziale Absicherung.

**Handlungsmaxime bei der Kulturförderung sind faire Arbeitsbedingungen für die Kulturschaffenden.**

Kulturschaffende kennen in der Regel den heiklen Arbeitsdruck. Jedes kleine KMU hat dieselben Probleme.

## 8. Gemeinsame Vorverkaufsstelle

Die Abhängigkeit der Kulturveranstalter von kommerziellen Vorverkaufsstellen wie Ticketcorner oder Starticket führt zu unnötigen und erheblichen Mehrkosten.

**Die Stadt leitet geeignete Massnahmen in die Wege, um mittelfristig ein zentrales Ticketing und eine gemeinsame Vorverkaufs- und Informationsstelle für Kulturveranstalter anbieten zu können.**

Idee ist grundsätzlich gut. Ist jedoch nicht Aufgabe der Stadt, ev. kann der Dachverband hier eine Lösung anbieten durch gezielte Zusammenarbeit?

## 9. Kulturelle Teilhabe

Umfassende kulturelle Teilhabe wird als zentrale Aufgabe der Kulturförderung betrachtet.

**Die Stadt unterstützt und initiiert schulische und nicht-schulische Vermittlungsangebote. Die Umsetzung inklusiver Vermittlungskonzepte ist für Veranstalter mit Leistungsverträgen eine Voraussetzung für den Erhalt von Fördergeldern.**

Gezielte kulturelle Veranstaltungen oder Informationsveranstaltungen werden bereits heute in die Bildung integriert und den Schulen der Stadt Bern angeboten. In Schulen sollte Kultur formloser unterstützt werden. Jede Begegnung der Schüler mit Kultur, auch ohne Vermittlungskonzept, ist sinnvoll.

## 10. Dialog stärken

Humus für das kulturelle Gedeihen bilden auch von der öffentlichen Hand unabhängige Akteure und Förderer wie Buchhandlungen, Galerien, Kinos, Kirchen und andere mehr.

**Die Abteilung Kulturelles entwirft im Rahmen eines breiten Kommunikationskonzepts Szenarien für den Dialog mit allen kulturell tätigen Anspruchsgruppen.**

Kann durch einen jährlichen bei Bedarf auch mehr Workshop/Kulturforum, organisiert durch das Kultursekretariat gelöst werden. Bei allen Forderungen müssen die Kosten immer betrachtet werden

- Reto Nause
- 

Darf ich einleitend festhalten, dass ich mich als Stapi vertieft in verschiedene neue Dossiers einarbeiten müsste, so auch in dasjenige der Kultur. Nichts desto trotz ist Kultur für mich nicht nur ein unabdingbarer Bestandteil der Lebensqualität, ein wichtiger Teil unserer Identität und ein Treiber der Kreativität, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor. Dies wird z. B. im Bereich des Tourismus deutlich: Der Städtetourismus boomt; Bern hat seine Logiernächtezahlen in den vergangenen Jahren verdoppelt und das kulturelle Angebot ist ein wichtiger Grund für diese Entwicklung. Aber auch mit dem „Nachtlebenkonzept“ haben wir in Bern zum Ausdruck gebracht, dass ein lebendiges Ausgehangebot – und dazu gehören vielfältige kulturelle Veranstaltungen – für die Positionierung der Hauptstadt und für das wirtschaftliche Gedeihen zentral ist.

### **1. Kulturnahe Verwaltung**

Bern krankt in der Tat daran, dass wir hier Kultur „verwalten“ statt gestalten. Nach meiner Wahrnehmung betreiben wir eine „Kulturbürokratie“ statt eine echte Kulturförderung. Das engt den Raum für Innovation ein und folgt im Grundsatz den ewig gleichen ausgetretenen Pfaden. Schauen Sie mir beispielweise die Musikszene an – hier ist meine Affinität am grössten – so hätte unsere Stadt einen eigentlichen Exportschlager: Bern ist ohne Zweifel die Kreativwerkstatt der Schweizer Musikszene. Hier kann ich beispielsweise nicht erkennen, dass unsere Kulturverwaltung diese Chance packt. Verglichen mit Städten in Deutschland, lassen wir hier etwas brach liegen, das grosse Ausstrahlungskraft hätte. Die Forderung kann ich also unterstützen.

### **2. Bewilligungswesen vereinfachen**

Ich bin mit der Forderung absolut einverstanden, wobei die Bewilligungspraxis für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund ja kaum zu bemängeln ist. Hingegen sehe ich grosses Potential insbesondere bei Zwischennutzungen.

Diese Forderung ist also mit Nachdruck zu stellen: In diesem Bereich sind der Stadt sämtliche Kompetenzen zu übertragen, welche heute teilweise beim Regierungsstatthalteramt angesiedelt sind. Es sind diese geteilten Kompetenzen, welche lange Wege und mitunter auch verlorene Zeit bedeuten. Nach der Praxis des Regierungsstatthalteramts sind beispielsweise Zwischennutzungen, welche länger als drei Monate dauern, baubewilligungspflichtig. Das widerspricht einer „Zwischennutzung“ schon im Grundsatz! Experimente wie eine „Serini Garage“ sind nach einer solchen Praxis kaum mehr möglich. Auch die Zwischennutzung der alten Feuerwehrkaserne – heute ein Highlight – hat sich monatelang verzögert.

Die Stadt hat auf diesen Umstand reagiert, wo es ihr in Eigenkompetenz möglich ist: So wurde bei der Immobilienverwaltung eine Anlaufstelle für Zwischennutzungen geschaffen.

Im Tourismusbereich haben sich die Stadt, Bern Tourismus, Berncity, die Hotellerie und Gastronomie zusammengeschlossen und die „Bern welcome AG“ gegründet. Diese soll einerseits Kongresse für Bern akquirieren, andererseits Eventveranstalter nach Bern holen. Diese profitieren von einer Ansprechstelle, die Raumangebote, Bewilligungswesen und die Nutzung des öffentlichen Raums koordiniert. „Bern welcome“ wird im Verlauf von 2017 operativ und könnte sicherlich auch im kulturellen Bereich bereichernde Aktivitäten entfalten. (mehr s. unter Punkt 8).

### **3. Schwerpunkte setzen**

Hier muss ich eine Grundsatzanmerkung machen, die in der Folge auch für die weiteren Punkte – insbesondere ab Punkt 6 – gelten:

Die Leistungsverträge haben diese Institutionen nicht nur mit der Stadt, sondern mit der Regionalkonferenz Bern Mittelland. Hier ist Bern einer von mehreren Playern – natürlich aber ein wichtiger. Inhaltliche Änderungen solcher Verträge kann die Stadt Bern nicht komplett autonom entscheiden.

Inhaltlich basieren solche Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen auf den allgemeinen städtischen Vorgaben für Leistungsverträge. Darin werden klare Anforderungen gestellt. Zu Leistungen und Pflichten, Zweckbindungen der Gelder, Informationsverhalten und Öffentlichkeitsprinzip, Anstellungsbedingungen, Aufsichts- und Controllingrechte der Stadt, Buchführungspflicht, jährlicher Berichterstattung, u. U. sogar zum Ausbildungsangebot durch die Institution, etc. (Musterverträge sind online einsehbar unter:

[152.031: Verordnung für die Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Dritte und den Abschluss von Leistungsverträgen \(Übertragungsverordnung; UeV\), Mustervertrag Anhang 1.](#)

Zur Forderung Nr. 3

Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass Vielfalt und ein „sich regelmässig erneuerndes“ Angebot die Kulturszene belebt.

Dass die Stadt einerseits dafür sorgen soll, dass die Szene weniger reguliert wird (s. Punkt 1) und andererseits dann bei der Programmgestaltung aber die Einrichtungen mit Subventionen doch stärker durch die Stadt gesteuert werden, sehe ich als Widerspruch. Hier wäre es wünschenswert, wenn die betroffenen Institutionen ihr Programm selbst so entstehen lassen, wie es der Szene am meisten dient. Grundsätzlich ist eine engere Zusammenarbeit im Sinne des grösseren Ganzen, dem „KULTURPLATZ BERN“, wünschenswert. (s. Punkt 8).

Schlussendlich entscheidet aber auch in der Kulturszene der „Kunde“/die „Kundin“ über das Angebot. Die Verwaltung sehe ich hier nicht in der Rolle einer „Schiedsrichterin“, die Schwerpunkte setzt.

#### **4. Freie Förderung stärken**

Mit der Forderung, breit statt einseitig zu fördern, bin ich absolut einverstanden. Hingegen kann ich mich selten bis nie mit Quotenforderungen anfreunden. Dass das heutige Fördermodell hinterfragt werden soll und darf, steht für mich ausser Frage. Der Outcome sollte fairerweise aber aktuell noch offen bleiben.

#### **5. Repräsentative Kommissionen**

Jetzt wird es spannend – und auch schon schwierig. Sind wir offen über den Outcome, wenn wir die Kulturförderung der Stadt Bern in ihren Grundsätzen hinterfragen? Wenn die Antwort ja lautet; dann dürfen wir auch bzgl. der in Zukunft (noch) existierenden Kommissionen nicht vorentscheiden. Aber Ja, klar! Transparent, durchmischt und repräsentativ ist ein MUST und ganz ehrlich, es schmerzt ein wenig, indirekt aus dieser Forderung herauszulesen, dass dem heute nicht – oder mind. nicht überall – so ist und gelebt wird.

#### **6. Transparente Aufsichtsorgane**

Sollten ethisches Verhalten und faire Arbeitsbedingungen in einem Rechtsstaat wie der Schweiz nicht grundsätzlich vorausgesetzt werden dürfen, unabhängig davon, ob eine Institution subventioniert wird oder nicht?

Und wenn bei der Besetzung der Aufsichtsorgane bisher keine Transparenz herrschte, dann ist in der Vergangenheit wohl einiges nicht richtig gelaufen.

Ein interessanter Ansatz finde ich, dass je höher die Subventionen, desto höher die Anforderungen sein sollen, wenn man es auf das kulturelle Angebot oder auf Bemühungen in der Kulturförderung bezieht.

Dass die Subventionen in die Entschädigungen der Räte fliessen, ist sicherlich nicht die grundlegende Idee. Dennoch bin ich der Meinung, dass mit einer regelmässigen Überprüfung der Leistungsverträge (s. Punkt 3) kombiniert mit der Offenlegung in den Jahresberichten genügend Regulationsinstrumente vorhanden sein sollten, ohne dass man den Institutionen Vorgaben macht, wem sie wie viel auszahlen dürfen. Werden bei der jährlichen Berichterstattung der Institutionen an die Stadt Diskrepanzen in der Einhaltung des Vertrags festgestellt, besteht die Möglichkeit Leistungen zu kürzen oder zu verweigern.

#### **7. Faire Arbeitsbedingungen**

s. Grundsatzargument bei Punkt 3.

#### **8. Gemeinsame Vorverkaufsstelle**

Dieses Anliegen kann ich nachvollziehen und unterstützen. Ein möglicher Lösungsansatz wäre beispielsweise, im Rahmen der gegründeten Gesellschaft „Bern welcome AG“ (s. Punkt 2) eine zentrale Ticketingstelle für alle Events in Bern aufzubauen – egal ob Kultur, Sport oder auch kommerzielle Angebote. So sollte hier eine einzige Agenda geführt werden, die einen Überblick über alles was in unserer Stadt läuft, verschafft. Der Erfolg von solchen Aktivitäten wird allerdings auch massgebend davon abhängig sein, wie weit sich die einzelnen beteiligten Kulturinstitutionen auf eine echte Zusammenarbeit einlassen und auch bereit sind, gewisse Aktivitäten gemeinsam – statt „einsam“ – zu tragen. So bedingt die Vermarktung von Bern als Kulturstadt beispielsweise attraktive gemeinsame Angebote, die Zusammenlegung von Marketingbudgets und -aktivitäten, die Öffnung hin zur freien Szene und anderen Veranstaltern. Vieles was im Kubus möglich war, wird in einem Stadttheater nicht mehr möglich sein. Wie erfolgreich solch gemeinsam getragene Strategien sein können, veranschaulicht vielleicht das Beispiel der „Museumsnacht“ am eindrucklichsten – sie hat sich



von einem Insiderevent zu einer Veranstaltung entwickelt, die aus der Berner Agenda kaum mehr wegzudenken ist.

Ehrlicherweise muss hier aber erwähnt werden, dass sich natürlich die Ressourcenfrage stellt. Die Stadt hat hierfür keine Ressourcen – deshalb wäre eine Möglichkeit, dies der neuen AG zu übergeben.

### **9. Kulturelle Teilhabe**

Grundsätzlich befürworte ich diese Forderung in Bezug auf die Unterstützung. Die Initiative und v.a. Initialisierung muss aber aus der Szene selbst kommen. (s. Punkt 3).

### **10. Dialog stärken**

Vor diesem Dialog, der gemäss Forderung sehr breit angesetzt wird, steht demnach die Frage nach der Definition von „Kultur“. Wer gehört alles unter das Dach „Kultur“. Ich bin sehr offen und würde mich über neue Ansätze, die gerade aus diesem Dialog entstehen könnten, sehr freuen! Aber, sollten wir heute keinen lebendigen Dialog haben, – ja dann ist in der Vergangenheit wirklich vieles schief gelaufen

Alexandre Schmidt

Es ist Ihnen gelungen, zehn griffige Forderungen zu stellen. Die Themen, Ansätze und Prioritäten sind richtig. Kompliment!

Aber Ihre elfte Forderung fehlt. Ich will aus Ihren Thesen Tatsachen machen. Die möglicherweise wichtigste Forderung lautet daher: „Einführen eines systematischen Austauschs mit dem Gemeinderat und dem Stadtpräsidenten.“ Lippenbekenntnisse reichen nicht, es braucht Knochenarbeit.

Kulturpolitik ist Chefsache und nicht beliebig zu delegieren. Nicht nur vor den Wahlen, sondern regelmässig hat der Dialog über das kulturelle Wirken stattzufinden. Die Ideen, was nötig ist, sind (teils schon längst) da, es mangelt aber krass an der Umsetzung. Das hängt auch damit zusammen, dass die Beschlussfassung über die Kulturpolitik schlecht organisiert ist. Heute findet bloss alle vier Jahre und unter Zeitdruck eine Debatte über die Kulturfinanzierung statt (im Rahmen der Leistungsverträge). Diese Debatte kommt so spät, dass der Stadtrat fast nur noch Ja sagen kann. Zur Beruhigung werden im Schnitt die verfügbaren Mittel erhöht. Möglichst viele bekommen so ein bisschen mehr. So entstehen keine neuen Akzente und keine Aufbruchsstimmung.

Wir müssen die Debatten zur Kulturpolitik neu organisieren. Ich plädiere für die Einführung eines Legislaturberichts des Gemeinderats zur Kulturpolitik. Neu soll zusätzlich einmal pro Legislatur der Gemeinderat Rechenschaft über seine Kulturpolitik ablegen und zugleich seine Prioritäten im Hinblick auf die nächsten Finanzbeschlüsse präsentieren. Der Stadtrat kann dann mittels Planungserklärungen mitsteuern. Die Kulturbranche hat so endlich Möglichkeiten zur Einflussnahme und die Kulturpolitik wird zum Stadthema. Gute Ideen setzen sich durch und setzen neue Energien frei. In andern Worten: Trennen wir Strategie- und Finanzdebatten. So lenken wir die heute völlig unbefriedigenden (oder gar fehlenden) Debatten zur Kulturpolitik in neue Bahnen und brechen die Lehmschicht bei der Umsetzung hoffentlich auf.

Aber aufgepasst: Die Kulturbranche wird auf der Hut sein müssen vor staatlicher Bevormundung. Mein persönlicher Leitsatz lautet: Kultur braucht Freiheit.

Franziska Teuscher

### **Bemerkungen zu Kulturstadt Stand der Dinge:**

Es muss Aufgabe der Stadt Bern ist, Kultur in ihrer Vielfalt zu fördern und zu vermitteln, insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen. Ich finde das vielfältige kulturelle Leben für die Stadt Bern eine grosse Bereicherung. Es ist schön, dass es auch ein Angebot von kleinen, ausgefallenen Kulturverschaffenden gibt. Es braucht das kulturelle Schaffen in den grossen Institutionen, aber es braucht auch das „freie Kulturschaffen“. Kulturelles Schaffen braucht Freiraum zum Experimentieren und auch Platz und Toleranz zum Scheitern.

Die kulturelle Teilhabe ist mir sehr wichtig. Kultur muss für alle zugänglich sein. Leider ist dieser Grundsatz in der Stadt Bern nicht so umgesetzt, wie ich mir das vorstelle. Die Kulturlegi und das Label Kultur Inklusiv sind gute Ansätze, aber die Idee des Zugangs für alle muss mit zusätzlichen Instrumenten ermöglicht werden. Der Bevölkerung in der Stadt Bern soll auch der Zugang erleichtert werden zu Kunstrichtungen, die ihnen fremd sind.

Die Stadt und die Kulturinstitutionen müssen eine aktive Rolle spielen, damit insbesondere allen Kindern und Jugendlichen in der Stadt kulturelle Teilhabe ermöglicht wird.

### **Zu den 10 Forderungen**

#### **1. Kulturnahe Verwaltung**

Mit der Kulturstrategie, die noch vom Gemeinderat zu verabschieden ist, wird eine Basis für die zukünftige Arbeit der Abteilung Kulturelles sein. Die zukünftige Stadtpräsidentin, der zukünftige Stadtpräsident wird die spannende und herausfordernde Aufgabe haben, diese Strategie umzusetzen. Die Abteilung Kulturelles wird als zentrales Koordinationsgremium zwischen den verschiedenen beteiligten AkteurInnen aktiv den Dialog mit allen führen müssen, Ziele definieren, Leitplanken festlegen und für alle Seiten klare und transparente Entscheide treffen. Die beiden Kulturforen haben gezeigt, dass der Dialogwunsch der Berner Kulturszene sehr gross ist und der partizipative Weg, den der Gemeinderat zur Erarbeitung der Kulturstrategie beschlossen hat, richtig war. Mir ist wichtig, dass die Partizipation auch in Zukunft ernst genommen und umgesetzt wird. Ich lege dem Austausch zwischen Verwaltung und Kulturschaffenden ein grosses Gewicht bei, das in Zukunft auch so gelebt werden muss.

#### **2. Bewilligungswesen vereinfachen**

Ich begrüsse einfache und schnelle Verfahren im Bewilligungswesen, nicht nur für Gesuche von Kulturveranstalterinnen. Ich unterstützte die Forderung, dass die Stadt eine Anlauf-, Vermittlungs- und Beratungsstelle für den Bereich Kultur schaffen soll. Wichtig ist mir auch, dass gerade Jugendliche unterstützt werden, wenn sie kulturelle Veranstaltungen planen und durchführen wollen. Wichtig ist auch die gute Koordination mit der Abteilung Kulturelles, der Stelle für Zwischennutzungen und der Gewerbebehörde. Wichtig erachte ich hier, dass die Stadt den Zugang zu öffentlichen Räumen auch immer wieder von sich aus ermöglichen muss, z.B. wie beim Neustadtlab. Leider kann die Stadt bei Zwischennutzungen nicht so rasch handeln, weil hier die übergeordnete kantonale Gesetzgebung zu beachten ist.

#### **3. Schwerpunkte setzen**

Die Politik muss förderliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Kultur entfalten und damit Neues entstehen kann. Aus meiner Sicht ist es heikel, wenn die Politik die Schwerpunkte bei den Kulturverträgen setzen soll. Die Kultur braucht Freiräume und Experimentierräume, die Rahmenbedingungen müssen auch so sein, dass Scheitern ab und zu möglich sein muss. Wenn die Stadt bei den Leistungsverträgen Schwerpunkte setzt, nimmt sie direkt Einfluss aufs Programm. Ich finde es nicht richtig, wenn die Stadt auf diese Weise den Inhalt der Kultur bestimmt. Die Leistungsverträge im Kulturbereich werden wie alle anderen Leistungsverträge der Stadt regelmässig überprüft. Es kann sicher interessant sein zu überlegen, ob und wie ein Teil des Programms bei den Institutionen mit Leistungsverträgen partizipativ festgelegt werden könnte. Allerdings darf diese Mitwirkung nicht dazu führen, dass sich die Kultur nur am Wunsch des Publikums orientiert, denn so besteht die Gefahr, dass die Kulturinstitutionen nur noch Mainstream und nichts Neues zeigen.

#### **4. Freie Förderung stärken**

Ich unterstütze die Forderung, dass 20 Prozent für die freie Förderung zur Verfügung stehen.

Innovative Fördermodelle: darunter kann man sicher Unterschiedliches verstehen, das müsste noch geklärt werden. Ich kann mir vorstellen, dass man mit diesem Instrument neue Formen – unabhängig der Kommissionen – unterstützen könnte, wie zum Beispiel vergänglichen interdisziplinären offspaces.

#### **5. Repräsentative Kommissionen**

Ich unterstütze die Forderung nach Transparenz bei den Kommissionen in Bezug auf Zusammensetzung und Entscheide. Wichtig ist, dass in Kommissionen unterschiedliche Gesichtspunkte und Kompetenzen einfließen (z.B. Kunststudierende, KünstlerInnen mit unterschiedlichem Hintergrund, mehr Blick von aussen, Fachwissen auch aus dem Bereich kulturelle Teilhabe). Die ganze Bevölkerung kann wohl nie repräsentiert werden...

#### **6. Transparente Aufsichtsorganisationen**

Transparenz bei den Aufsichtsgremien und auch bei den Entschädigungen ist wichtig. Diese Forderung gilt ja auch bei städtischen Unternehmungen und vielerorts in der Wirtschaft. Dazu gehört, dass die Löhne der Kaderleute und der Mitglieder der Aufsichtsgremien von Kulturinstitutionen jährlich veröffentlicht werden.

#### **7. Faire Arbeitsbedingungen**

Faire Arbeitsbedingungen sind wichtig. Es ist aber auch wichtig, dass die soziale Absicherung für Kulturschaffende verbessert wird. Die Stadt könnte sicherstellen, dass Beiträge an die Pensionskasse der unterstützten Kulturschaffenden geleistet werden (die Hälfte von den Kulturschaffenden, die andere von den unterstützenden Institutionen).

#### **8. Gemeinsame Vorverkaufsstelle**

Diese Idee ist prüfenswert, insbesondere auch die Schaffung einer örtlich verankerten und öffentlichen Informationsstelle der Kulturstadt Bern.

#### **9. Kulturelle Teilhabe**

Die kulturelle Teilhabe ist für mich ein zentraler Faktor in der Kulturförderung. Ich bin froh, dass dies auch in den beiden Kulturforen so gesehen wurde. Und dass auch der Kinder- und Jugendkultur und deren Teilhabe ein grosses Gewicht beigemessen wird. Kulturelle Teilhabe ist mehr als Kulturvermittlung. Ich würde es begrüßen, wenn die Stadt hier mittelfristig ein eigenes Fördergefäss mit eigenem Programm und eigener Kommission bilden könnte mit der Aufgabe, kulturelle Projekte unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Die Stadt muss eine aktive Rolle spielen, damit insbesondere allen Kindern und Jugendlichen in der Stadt kulturelle Teilhabe ermöglicht wird.

#### **10. Dialog**

Der Dialog und Austausch ist mir überall wichtig. Das gilt auch für den Kulturbereich. AkteurInnen wie Buchhandlungen, Galerien etc. haben eine wichtige Rolle für den Kulturbereich und müssen auf geeignete Art und Weise miteinbezogen werden. Im aktiven Dialog mit privaten Veranstaltern können neue Ideen entstehen und für ein lebendiges Kulturschaffen umgesetzt werden. Allenfalls könnte die Stadt auch eine aktivere Rolle in der Förderung des Austausches unter Kulturschaffenden wahrnehmen.

## Stefan Theiler

1. Von Frau Schaller halte ich nicht viel. Sie ist zwar Kundin von mir, hat drei Filme ausgeliehen. Doch sie kam mir immer als sehr unbeholfen, unsicher und vor allem Bernfremd vor. Dass ihre Politik eine Fähnchen im Wind war, versteht sich von selbst.. Das wissen wir ja alle. Wie kam es überhaupt dazu, dass eine solche Frau diesen Posten besetzen konnte. Ging es da um Vetter-Politik? Dass dadurch die Verwaltung nicht kulturnah sein konnte, versteht sich von selbst. Ich finde es auch falsch, dass die Abteilung Kulturelles insbesondere Institutionen mit dem Maximalbetrag unterstützte, welche sich auf eine Kultursparte fokussiert. Wie zum Beispiel das La Capella, das für Chansons und Comedy steht. Das Forum Altenberg, für mich die wichtigste Begegnungsstätte für Senioren, ging da praktisch leer aus und existiert u.a. deswegen seit 2 Jahren nicht mehr.

2. Prinzipiell finde ich es falsch, dass es überhaupt Bewilligungen braucht, insbesondere dann, wenn eine kulturelle Veranstaltung, weder unzumutbare Lärmemissionen noch das angrenzende Gewerbe konkurrenziert.

Kulturveranstaltungen beleben in einer kultivierten und integrativen Form eine Stadt. Ich finde es falsch, dass man dafür eine zusätzliche Stelle schafft, die berappt werden muss. Besser ist, wenn man das Veranstaltungsmanagement richtig führt und eine Gesetzgebung einführt, dass man für akustische Veranstaltungen nicht mehr eine Bewilligung braucht. Die Stadt verfasst jedoch einen Katalog mit Richtlinien und Tipps wie und wo man diese im öffentliche Raum durchführt.

Bei den Zwischennutzungen muss man neue geeignete Instrumente entwickeln. Nicht einfach nur ein paar wenige Einzelbewilligungen oder eine aufwendige Betriebsbewilligung bereitstellen. Es braucht auch Bewilligungsformen für kulturelle Low-Budget-Betriebe. Die Stadt soll endlich auch verstehen, dass der Alkoholverkauf essentiell ist, um die Künstleryagen quer zu subventionieren.

Beispiel: Wenn ich zum Beispiel in meinem Mini-Pärkchen gleich neben der Nydeggtreppe ein Sonntagmittagskonzert mit Geige und Flöte veranstalte, will ich auch einen Brunch und Cüpli anbieten können, damit ich als Veranstalter auch was davon habe. Doch das ist illegal. Aber im Gastgewerbegesetz gibt es bereits eine Ausnahme, wo man ohne Bewilligung Alkohol ausschenken kann. Diese heilige Kuh im Gesetz ist die Vernissage. Man müsste eigentlich nur den Gesetzestext erweitern "... und andere kulturellen Veranstaltungen mit akustischer Live-Musik, Performances..etc."

3. Darüber verstehe ich nicht so viel, nur dass das Ballett zu teuer ist, und so nur Leute hingehen, die es aus Tradition schauen. Weiter finde ich, dass unser "Stadttheater" mit den Vidmarhallen, mehr zu einem Vorstadttheater degradiert ist. Partizipativ finde ich immer gut, wenn die Sitzungsführung gut ist.

4. Ich bin für 22 bis 25 %

5. So viele unabhängige Kommissionen wie sich bekult wünscht, kann eine so kleine Stadt wie Bern doch gar nicht hervorbringen. Vergesst nicht, Ihr braucht dafür Leute, die 1. was zu sagen haben, 2. eine Idee haben, 3. Lust haben sich einzubringen, 4. Verhandlungsoffen- und 5. Verhandlungsfähig sind. Das hat doch Bern gar nicht. In solchen Kommissionen ist es doch oft so, dass man entweder niemand oder immer die gleichen habt.

Transparenz. Was heisst das eigentlich? Ist die Sehnsucht von bekult nach Transparenz nicht eigentlich eine Sehnsucht nach Autorität? Nach Frau Schaller als Fähnchen im Wild? Da verstehe ich Euch sehr gut. Bei mir wisst Ihr für was ich stehe. Für Vorhersehbarkeit finde ich auch wichtig. Vielmehr ist es wichtig zu wissen, ob der Einfluss der Burggemeinde in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen trotz starker Finanzkraft als verhältnismässig für Euch zu beurteilen ist

6. Transparenz begrüsse ich.

7. Das ist mir unklar, wie man Kulturschaffende sozial absichert, insbesondere die freie Szene.

8. Finde ich auch gut. Münstergass-Buchhandlung ist zum Beispiel eine Vorverkaufsstelle. Überhaupt sollten noch mehr Betriebe von kulturellen Gewerbe dafür berücksichtigt werden.

9. Ja das fände ich gut, auch weil das was für mich wäre. Gerne würde ich als Filmdoktor durch die Schulen ziehen, um die youtube-Generation "Digital Naitives" mit einzelnen Filmsequenzen, meinen Packungsbeilagen und meiner Rede für einen nachhaltiges Medienverhalten zu begeistern...

10. Dialog? Ich fände es wichtig, dass Buchhandlungen, die Buchvernissagen machen, auch Förderbeträge bekämen.

Als Stapi würde ich saisonal wechselnde Gastländer und Gastkantone einführen, welche jeweils je eine Woche an 12 gut frequentierte Berner Plätzen einen Ess- und Trinkstand inkl. Kunsthandwerk, Videoinstallation und Konzerte anbieten. Das muss nix kosten. Man muss nur keine Gebühren für die integrative Platznutzung einsacken. Um das geht's. Dann könnte man mit den Kinos, Kichen und anderen Kulturstätten auch zusammenarbeiten, indem zum Beispiel ein Kino eine Retro zum jeweiligen Gastland durchführt, Buchhandlungen ein Schaufenster kreieren und Konzertlokale das Booking auch darauf abstimmen etc..

## Ursula Wyss

Bern ist – gerade auch als Hauptstadt – prädestiniert dazu, Kulturstadt zu sein. Bern verfügt zwar bereits über ein breites Kulturangebot, doch das vorhandene Potential scheint mir noch lange nicht ausgeschöpft zu sein. So wurde an den beiden Kulturforen, welche dieses Jahr die Weichen für eine städtische Kulturstrategie gestellt haben, unter anderem der Ruf nach mehr Raum für Kunst laut.

Mehr Raumbedarf für Kunst sehe ich beispielsweise dort, wo der Kontakt mit dem Publikum am unmittelbarsten ist und die Präsenz der Kunst für alle wahrnehmbar ist – im Park, auf einem öffentlichen Platz oder auch an einem ganz unerwarteten Ort im Quartier. Ich freue mich deshalb, dass - unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats mit der Umsetzung des revidierten KiöRS-Reglements - die Kunst im öffentlichen Raum bald mehr Platz und Gewicht erhält. Ich möchte nämlich Kunstschaaffenden für ihre Projekte Flächen in der ganzen Stadt während einigen Monaten im Jahr zur Verfügung stellen. Im Gegenzug werden die Bernerinnen und Berner spannende Orte erleben, welche die Auseinandersetzung mit Kultur fördern.

Doch neben mehr Raum für die Kunst braucht es auch noch anderes. Das zeigen Ihre Forderungen, in denen ich hauptsächlich drei Grundhaltungen erkenne, die ich in dieser Form voll und ganz teile.

### **Die Stadt ermöglicht ein vielfältiges und innovatives Kulturangebot und unterstützt aktiv Massnahmen zur Kulturvermittlung in der breiten Bevölkerung**

Als Hauptstadt hat die Stadt Bern den Anspruch, eine Kulturstadt mit einem grossen und vielfältigen Kulturangebot zu sein. Damit diese Vielfalt zum Tragen kommt, erscheint mir eine ergebnisoffene Auseinandersetzung über die Frage, welcher Kultursparte welche Unterstützung der öffentlichen Hand zugutekommen soll, wichtig, bevor dann entsprechende Schwerpunkte gesetzt werden (Forderung 3). Ich spreche mich klar für eine Stärkung der freien Förderung aus, allerdings soll dies dank zusätzlichen Fördermitteln und nicht auf Kosten der Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen geschehen (Forderung 4). Doch nicht nur die Kultur soll möglichst vielfältig sein, sondern auch das Publikum, das in den Genuss des Angebots kommt und sich soweit möglich auch selber kulturell betätigt. Ich finde es deshalb sehr wichtig, dass die Stadt aktiv Massnahmen zur Stärkung der kulturellen Teilhabe der Bevölkerung ergreift. Sie soll ausserdem dafür sorgen, dass die Vermittlung von Kultur sowie die Förderung und Wahrnehmung kultureller Aktivitäten möglichst vieler auch unverzichtbarer Bestandteil ihrer Leistungsverträge ist (Forderung 9). Die Stadt tut gut daran, die Erfüllung dieses Auftrags auch zu kontrollieren. Die vielfältigen Ansätze zur Vermittlung und zur Stärkung der Teilhabe sollten unter Einbezug „der Leute“ gebündelt und ihren Erwartungen entsprechend ausgestaltet werden. Wer an Kultur nicht teilhaben kann, ist letztlich auch wirtschaftlich, sozial und politisch nicht wirklich integriert.

### **Die Stadt steht in einem engen Dialog mit der Kultur und ebnet ihr den Weg zur freien Entfaltung**

Ich will, dass sich die Kultur in unserer Stadt entfalten kann. Damit dies gewährleistet ist, braucht es u.a. eine Stadtverwaltung, die für die Anliegen der Kultur sensibilisiert ist und im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Kulturschaaffenden unterstützend und beratend zur Seite steht. Die Kultursekretärin oder der Kultursekretär ist auch Fürsprecher/in der Kulturschaaffenden in der Verwaltung. Wichtig erscheint mir daher, dass für Anliegen im Kulturbereich eine städtische Anlauf- und Schaltstelle vorhanden ist, die auch im stetigen Austausch mit der Kulturszene steht (Forderung 10). Sie soll Bedürfnisse und konkrete Anfragen aufnehmen und verwaltungsintern koordinieren. Damit möchte ich gewährleisten, dass die Bürokratie der Kultur nicht im Weg steht und die Stadt die Bedürfnisse der Kulturschaaffenden kennt und sich diesen annimmt (Forderung 1). Zentral für die Entfaltung der Kultur ist einerseits auch ein möglichst einfaches und flexibles Bewilligungsprozedere, das lösungs- und dienstleistungsorientiert funktioniert (Forderung 2). Andererseits braucht es auch die nötige Unabhängigkeit, weshalb ich der Idee, eine gemeinsame Vorverkaufs- und Informationsstelle für Kulturveranstalter zu schaffen, viel Positives abgewinnen kann (Forderung 8). Eine solche Schalt- und Informationsstelle für kulturelle Aktivitäten könnte auf dem Waisenhausplatz zu stehen kommen. Dieser zentrale und gut frequentierte Ort ist meiner Ansicht nach für einen solchen Veranstaltungspavillon ideal. Im Rahmen der geplanten Umgestaltung des Waisenhausplatzes bestehen denn auch bereits entsprechende Ideen für einen möglichen Versuchsbetrieb eines mobilen Festivalcenters.

Wichtig scheint mir, regelmässig – nicht nur alle vier Jahre – die Bedürfnisse der Kulturschaaffenden in der Diskussion zu erfassen, die Förderung auf den Prüfstand zu stellen und – da besteht noch ein grosses Manko – auch die Erwartungen der Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und Vielfalt an die

Kulturschaffenden und die kulturellen Einrichtungen zu eruieren. Daraus erst lässt sich eine sinnvolle Förderpolitik ableiten.

### **Die Stadt leistet ihren Beitrag für faire und transparente Bedingungen in der Kulturförderung**

Kultur ist meines Erachtens ein wertvolles Gut und es darf deshalb auch etwas kosten. Wo staatliche Subventionen fließen, ist es für mich unabdingbar, dass vollständige Transparenz darüber herrscht, wer von welchen finanziellen Mitteln profitiert und wer über die Vergabe der Mittel entscheidet. Wichtig ist auch, dass klar gemacht wird, welche Aufgaben eine Kulturinstitution erfüllen muss. Die Besetzung von Förderkommissionen muss deshalb nach klaren und transparenten Kriterien erfolgen. Je interdisziplinärer und je repräsentativer sie in Bezug auf Merkmale wie Geschlecht, Alter, kulturelle und soziale Herkunft (ganz wichtig sind Zugewanderte) zusammengesetzt sind, desto eher handeln sie im Interesse aller und desto glaubwürdiger werden sie in ihrem Schaffen wahrgenommen (Forderung 5). Dies kommt wiederum der Kultur zugute. Das gleiche gilt natürlich auch für Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen, welche eine transparente Informationspolitik verfolgen (Forderung 6). Staatliche Kulturförderung soll neben transparenten Strukturen auch faire Arbeitsbedingungen für die Kulturschaffenden einfordern (Forderung 7). Dies verlangt anständige Löhne und Honorare sowie soziale Sicherheit bei festangestellten und freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern. Darauf ist besonders bei der Projektförderung zu achten.

Die Stadt hat in diesem Jahr in einem partizipativen Prozess ihre erste umfassende Kulturstrategie erarbeitet. Viele der von Ihnen gestellten Forderungen sind in die Kulturstrategie eingeflossen. Sie bildet eine wichtige Grundlage und definiert Ziele und Massnahmen, die nun umgesetzt werden müssen. Gerne würde ich mich als Stadtpräsidentin aktiv dafür einsetzen, dass die drei erwähnten Grundhaltungen in der städtischen Kulturpolitik vollumfänglich gelebt werden.